



Tödliche Gewalt: Exzessiv

04.07.2006

KINSHASA/BERLIN

(Eigener Bericht) - In einem Offenen Brief protestieren hochrangige kongolesische Exil-Offiziere gegen Gewaltandrohungen des Bundeswehr-Generals Viereck. Als Einsatzleiter des europäischen Expeditionskorps, das gegenwärtig nach Zentralafrika verlegt wird, hat Viereck mit "tödlicher Gewalt" gedroht, sollte sich die Bevölkerung des Kongo gegen die Interventen erheben. Wie es in dem Offiziersschreiben heißt, gehe es bei dem Militäreinsatz nicht um den Schutz der kongolesischen Wahlen; vielmehr verfolge die EU eine andere Absicht - den Testlauf europäischer Militärverbände an afrikanischen Zivilisten zu exekutieren. Man werde die beabsichtigte Unterwerfung der Kongolesen und die Verletzung ihrer staatlichen Souveränität zu erwidern wissen, kündigen die kongolesischen Offiziere an. Auf entsprechende "Kampfhandlungen" richtet sich bereits der deutsche Verteidigungsminister Jung ein. Bei einer Truppeninspektion in der kongolesischen Hauptstadt sagte der Minister gestern, er sehe den "kritische(n) Zeitpunkt" des EU-Einsatzes "vier Wochen nach der Wahl" kommen, "wenn das Ergebnis feststeht". Bereits jetzt kommt es zu tödlichen Auseinandersetzungen, die Jung unerwähnt ließ. Dabei starben in den vergangenen Tagen mindestens 13 Menschen. Während sich eine Gewalteskalation im Kongo immer deutlicher abzeichnet, gerät die Bundesregierung in der Affäre um deutsche Unterstützung für ostkongolesische Rebellenmilizen unter Druck. Berlin wird die indirekte Unterstützung separatistischer Banden vorgeworfen. "Warum gehen Sie nicht gegen diese Milizen vor", fragen die kongolesischen Offiziere in ihrem Schreiben an den deutschen General Viereck. german-foreign-policy.com dokumentiert den Wortlaut des Briefes im französischen Original.

Nicht zu verkaufen

Bereits am vergangenen Donnerstag sind in der Demokratischen Republik Kongo 13 Menschen bei gewalttätigen Auseinandersetzungen getötet worden. Zu den Zusammenstößen kam es während einer politischen Demonstration in der westkongolesischen Hafenstadt Matadi, deren Initiatoren für eine größere Autonomie des Gebietes eintreten. Verletzte gab es am vergangenen Freitag auch in Kinshasa, als die Sicherheitskräfte Demonstrationen mit Tränengas auflösten. Augenzeugen berichten von einer angespannten Stimmung. In den Straßen Kinshasas patrouilliert bewaffnetes UN-Personal; nationale Sicherheitskräfte zeigen auffällige Präsenz. In zahlreichen Orten des Landes blieben die Geschäfte aus Angst vor einer Gewalteskalation und möglichen Plünderungen geschlossen. Exil-Kongolesen gingen anlässlich des Beginns der heißen Wahlkampfphase in Brüssel auf die Straße. Dort demonstrierten Tausende gegen die deutsch geführte Interventionsarmee, deren Hauptkontingent ab dem kommenden Montag nach Zentralafrika verlegt werden wird. "Nein zum Neokolonialismus" riefen die Demonstranten in der belgischen Hauptstadt: "Der Kongo ist nicht zu verkaufen".[1]

Ernstfall

Die bereits in Gang befindliche EU-Intervention führt zu einer weiteren Militarisierung der innerkongolesischen Fraktionskämpfe. Kongolesische Medien berichten von einer rund 3.000 Mann umfassenden Einheit, die als Teil der Privatmiliz des Vizepräsidenten und ehemaligen Rebellenchefs Jean-Pierre Bemba fungiert; sie ist nur 80 Kilometer von Kinshasa entfernt stationiert. In den Kivu-Provinzen im Osten des Landes halten die Spannungen zwischen den UN-Truppen und prorwandischen Rebellenmilizen um Laurent Nkunda an.[2] Ein Erkundungstrupp der Europäischen Union ist in der vergangenen Woche in der Diamantenstadt Mbuji-Mayi eingetroffen, die als Hochburg der Oppositionspartei UDPS gilt; die UDPS boykottiert die Wahlen und ruft zu Protesten gegen die europäische Militärintervention auf. Die Bundeswehr ist inzwischen mit rund 35 Soldaten in Kinshasa und mit rund 110 Soldaten in Libreville (Gabun) präsent und wartet auf Verstärkung. Der deutsche Verteidigungsminister hat am gestrigen Montag in der kongolesischen Hauptstadt bekräftigt, dass die EU-Truppen "im Ernstfall klar und deutlich einschreiten" werden.

Diktatur

Entsprechende Gewaltandrohungen des deutschen Einsatzleiters Karl-Heinz Viereck stoßen in kongolesischen Militärkreisen auf scharfe Kritik. "Wenn die Abschreckung nicht ausreicht (...), können wir Gewalt anwenden, wenn nötig auch tödliche Gewalt", hatte Viereck bereits Mitte Juni erklärt.[3] Diese Ankündigung sei "exzessiv" und "sehr schwerwiegend" und "beunruhige", weil sie sich gegen Zivilisten wende, heißt es in einem Offenen Brief mehrerer hochrangiger kongolesischer Exil-Offiziere an Viereck. Selbst französische Generäle, die mit ihren Truppen seit den 1960er Jahren häufig in Afrika eingeschritten sind, hätten "nie in einer solch verächtlichen Sprache geredet", schreiben die Unterzeichner. Offenbar werde erwartet, dass sich die kongolesische Bevölkerung ruhig verhalten müsse "wie unter einer Diktatur"; erkennbare Aufgabe des EU-Militärs sei es, durch "Einschüchterung" Zwang auszuüben. Wegen der martialischen Drohungen werfen die kongolesischen Exil-Offiziere dem Bundeswehr-General Viereck vor, er missachte "grundlegende Menschenrechte" und kündige Prinzipien der internationalen Kriegsrechts auf.[4]

Aufklärung

Während sich eine Gewalteskalation im Kongo immer deutlicher abzeichnet, gerät die Bundesregierung in der Affäre um deutsche Unterstützung für ostkongolesische Rebellenmilizen unter Druck. Von der UNO gesuchte Kriegsverbrecher haben mehrfach auf dem Gelände der deutschen Bergbaufirma Somikivu im Osten des Landes Zuflucht gefunden; der Geschäftsführer des Unternehmens, das über einen Treuhandvertrag an die Bundesregierung gebunden ist, steht einer von der UNO mit Strafmaßnahmen belegten Organisation von Waffenschleppern nahe. [german-foreign-policy.com](http://www.german-foreign-policy.com) berichtet seit März über den Fall [5], die Bundesregierung hüllt sich in Schweigen. Die Generalsekretärin der deutschen Sektion von Amnesty International fordert jetzt, das zuständige Bundeswirtschaftsministerium müsse "deutlich machen, in wie weit es in diese Affäre verstrickt ist". Der Direktor des UN-Kinderhilfswerks UNICEF für den Ostkongo verlangt von Berlin "Aufklärung": "Es geht um die Einhaltung und Unterstützung eines Waffenembargos".[6]

Außenpolitische Erwägungen

Dabei ist nach wie vor strittig, ob die Ausbeutung der ostkongolesischen Ressourcen durch Somikivu überhaupt auf einer geeigneten Rechtsgrundlage beruht. Die Regierung in Kinshasa hat die Firma, die ihre Arbeit 1993 eingestellt hatte, im Jahr 1999 wegen Untätigkeit enteignet und die Bergbaurechte an ein österreichisches Unternehmen übertragen. Die Wiederaufnahme des Rohstoffabbaus durch den Deutschen Karl-Heinz Albers, der im Namen von Somikivu auftrat, geschah im Jahr 2000 in enger Zusammenarbeit mit prouandischen Rebellenmilizen und ohne Billigung der rechtmäßigen kongolesischen Regierung. Wie Dokumente belegen, die [german-foreign-policy.com](http://www.german-foreign-policy.com) einsehen konnte, war die Bundesregierung über die Geschehnisse um Somikivu informiert, aber schritt gegen den mutmaßlich illegalen Rohstoffabbau nicht ein; zugleich verhinderte sie einen möglichen Verkauf der Firma. Dabei hätten "außenpolitische Erwägungen" eine Rolle gespielt, heißt es in einem Brief des staatlichen Treuhänders, der dieser Redaktion vorliegt.[7]

Schutzmacht

Die prouandischen Kräfte in den beiden Kivu-Provinzen, die von dem Berliner Verhalten bis heute profitieren, gelten als mögliche Saboteure der kommenden Wahlen. Sie sind in der Bevölkerung unbeliebt und müssen daher am 30. Juli mit einer Niederlage rechnen. Während militärische Aufstände ihrerseits nicht ausgeschlossen werden, halten Beobachter auch eine zweite Variante für möglich. Demnach könnten sie tatsächliche oder angebliche Übergriffe seitens der bislang erfolgreich beherrschten Bevölkerung geltend machen, um Ruanda als "Schutzmacht" zum Eingreifen aufzufordern.[8] Dies wäre der Beginn eines dritten Krieges im Osten der Demokratischen Republik Kongo und würde den angekündigten Abzug der EU-Truppen erschweren. Wegen der weitreichenden militärischen Afrika-Pläne Berlins schlägt der deutsche Verteidigungsminister daher vor, Bundeswehreinheiten aus Südosteuropa abzuziehen, um sie als Verstärkungen für das Afrika-Kontingent bereit zu halten.

[1] Journée du 30 juin 2006: Calme relatif à Kinshasa, Douze morts à Matadi, des manifestations sans incident dans la diaspora; *Afriqu'Echos* 03.07.2006

[2] s. auch [Sie stehen bereit](#) und [Wir werden einige verbrennen](#)

[3] L'EUFOR est prête à employer la "force létale"; MONUC 14.06.2006

[4] Lesen Sie das Dokument im französischen Original: [Ohne jeden Skrupel](#)

[5] s. dazu [Kriegsressourcen \(I\)](#), [Kriegsressourcen \(II\)](#) und [Kriegsressourcen \(III\)](#)

[6] Deutsche Kongo-Mine als Stützpunkt für Waffenschlepper?; www.tagesschau.de 03.07.2006

[7] s. dazu [Kriegsressourcen \(I\)](#) und [Ein doppeltes Spiel](#)

[8] Democratic Republic of Congo elections offer hope of stability; *Jane's Intelligence Review* 01.06.2006